

GEISELNAHMEN

Auge um Auge

Das Drama um die entführten Sahara-Touristen spitzt sich zu: Die Bundesregierung fürchtet bei einer militärischen Befreiungsaktion um das Leben der Geiseln – der Kanzler hat den Algeriern jede Hilfe angeboten. Die sollen mit den Entführern verhandeln.

In die entlegenen Berge mitten im Hochplateau des Tassili N'Ajjer wagt sich kaum ein Sahara-Tourist. Selbst hartgesottene Abenteurer meiden das stark zerklüftete Fels-Labyrinth im Südosten Algeriens. Bis zu 300 Meter tiefe Schluchten winden sich durch das Gebirge – auch für Geländewagen ist es kaum passierbar.

Zwölf Stunden am Tag brennt jetzt die Sonne vom Himmel und treibt das Thermometer auf bis zu 40 Grad im Schatten. Der berühmte Sommer der Sahara hat begonnen. Wasser ist knapp, Essbares finden Menschen hier nicht. Eine lebensfeindlichere Region ist schwer vorstellbar.

Irgendwo in diesen Bergen, so die algerische Regierung, werden zurzeit jene 31 Touristen festgehalten, die im Februar und März dieses Jahres in der Wüste gekidnappt wurden: 15 Deutsche, 10 Österreicher, 4 Schweizer, ein Schwede, ein Niederländer. Sie alle sollen sich in der Hand einer Banditenbande befinden, die wohl vom Schmuggel lebt – aber auch beste Verbindungen zu Muslim-Terroristen unterhält. Wo Kriminalität endet und der fanatische Glaubenskampf beginnt, das lässt sich in Algerien kaum auseinander halten.

Klar aber ist: Weder algerischen Islamisten noch marodierenden Banden gilt ein Menschenleben viel. Und auf der anderen Seite stehen die algerischen Militärs, durch einen jahrelangen brutalen Bürgerkrieg abgestumpft. Die Hardliner unter ihnen möchten am liebsten losschlagen – selbst wenn die Geiseln dabei sterben könnten. Was zählt das schon in einem Land, in dem immer wieder ganze Dörfer niedergemacht wurden, von Islam-Terroristen oder schwarz verummten Kommando-Einheiten der Militärs?

Eine schreckliche Vorstellung für die Bundesregierung. Mit allen Mitteln versuchte sie bis zum Ende ver-

gangener Woche, das Drama in der Wüste unblutig zu beenden – und geräuschlos. Denn weder darf das Regime in Alger düpiert noch dürfen die Geiselnnehmer erschreckt werden.

Und so schweigen Gerhard Schröders Krisenmanager öffentlich ungewöhnlich eisern – obwohl seit der Entführung der Luft-hansa-Maschine „Landshut“ nach Mogadischu 1977 nicht mehr so viele Deutsche im Ausland gekidnappt wurden und obwohl hinter den Kulissen heftig gerangelt wird. Doch wie die Massenentführung noch zu einem glimpflichen Ende zu bringen sein könnte, weiß niemand in Berlin, Wien oder Algier.

5000 Soldaten hat die algerische Regierung inzwischen bereits in der Region zusammgezogen; 300 Tuareg als ortskundige Späher stehen bereit, um die schwer bewaffneten Hundertschaften vom Kampf

in die Schluchten zu führen. Die Gegend ist abgeriegelt, so gut das eben geht.

Unterstützt werden die Algerier von einem ganzen Stab ausländischer Spezialisten: Experten für Geiselnahmen sind darunter, Abhörprofis, Geheimdienstler und auch eine Abordnung der deutschen Eliteeinheit GSG 9. Über eine eigens installierte sichere Telefonleitung berichten die deutschen Experten mehrfach am Tag dem Krisenstab in Berlin. Wärmebildkameras wurden eingeflogen, die Franzosen stellen sogar regelmäßig Bilder eines Aufklärungssatelliten zur Verfügung.

Das größte Problem für die europäischen Regierungen, die verhandeln wollen um jeden Preis: Auch die Entführer haben offenbar keine Idee, wie die Sache enden soll – und was sie eigentlich erreichen wollen. „Es gibt keine Forderungen und kein Bekennerschreiben“, versichert die algeri-

Disparus au Sahara algérien

Vermisst in der algerischen Sahara | Missing in algerian Sahara

29 Touristen sind zwischen 21. Februar und 29. März 2003 verschwunden.

Sachdienliche Hinweise an die Polizei oder die lokalen Behörden

Gruppe 1: Vermisst seit 22. Februar  Nicolas Hubert (34) ANS, Marokko (31) ANS Marc Ludwig (40) ANS, Waltham (31) ANS Peter Wether (30) ANS, Waltham (31) ANS Steffen Schick (30) ANS, Waltham (31) ANS	Gruppe 2: Vermisst seit 22. Februar  Alain Hiltner (32) ANS, Waltham (31) ANS Rainer Bruch (30) ANS, Waltham (31) ANS Mirinda Mirinda Tamm, Marokko (30) ANS KRM, Marokko (30) ANS	Gruppe 3: Vermisst seit 22. Februar  Jürgen Hübner (30) ANS, Waltham (31) ANS KRM, USA, Marokko (30) ANS KRM, Marokko (30) ANS KRM, Marokko (30) ANS	Gruppe 4: Vermisst seit 17. März  Michaela Beyer (30) ANS, Waltham (31) ANS Axel Muehl (30) ANS, Waltham (31) ANS Land Rover Defender, schwarz mit weißem Dach, Marokko (30) ANS	Gruppe 5: Vermisst seit 8. März  Andrea, Marokko (30) ANS Michaela, Marokko (30) ANS Tanya Landshut, weiß, Marokko (30) ANS	Gruppe 6: Vermisst seit 23. März  Alexander, Marokko (30) ANS Michaela, Marokko (30) ANS Tanya Landshut, weiß, Marokko (30) ANS
--	---	---	--	---	---

8. April 2003

BKA-Vermisstenplakat: Schutzschilder für Gotteskrieger





Algerischer Staatspräsident Bouteflika, Kanzler Schröder: Das politische Risiko steigt

sche Regierung. Und Kidnapper, die selbst keinen Plan haben, gelten Kriminalisten als besonders unberechenbar. „Unübersichtlich“ und „schwierig“ nennt Innenminister Otto Schily (SPD) die Lage. In dieser Situation dürften auch die Medien „keine spekulativen Informationen verbreiten, die das Leben der Vermissten gefährden könnten“, mahnt Schily.

Eindringlich werben die Europäer bei den Algeriern dafür, nicht zu versuchen, die verfahrenere Lage mit einem Militäreinsatz zu beenden.

Bundeskanzler Gerhard Schröder schickte am vergangenen Mittwoch Außenamtsstaatssekretär Jürgen Chrobog mit einer Botschaft zu Algeriens Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika. Schriftlich bat Schröder den Präsidenten, der zugleich als Verteidigungsminister des Wüstenstaats die Armee kontrolliert, alles zu unternehmen,

um das Leben der Geiseln zu retten. Er sei in großer Sorge. Anderthalb Stunden redete Chrobog mit Bouteflika.

Nur: Was für die Deutschen eine außergewöhnliche Tragödie wäre – ein Massaker in den Schluchten –, das ist für die Algerier kaum mehr als eine weitere Episode in dem mörderischen Bürgerkrieg, der seit über elf Jahren in ihrem Land tobt: Nachdem 1991 die islamistische Partei FIS Parlamentswahlen gewonnen hatte, putschten sich weltliche Militärs an die Macht – und hievten später Bouteflika ins Amt.

Seitdem bekämpfen Islamisten das Regime und morden nahezu wahllos. Und die Generäle antworten mit Gegenterror. 100.000 Menschen sind in dem Gemetzel bislang schon umgekommen. Und nie, so der Vorwurf aus Algier, hätten sich die Europäer für den Kampf gegen die Islamisten wirklich interessiert – bis

jetzt ihre eigenen Bürger zwischen die Fronten gerieten.

Natürlich möchte Bouteflika kooperieren, aber dabei will er nicht von seinem harten Kurs gegen den religiösen Fanatismus abweichen. Das macht die Verhandlungslösung schwierig. Algier vertraut darauf, solche Probleme mit Gewehren zu lösen – schon um Nachahmer abzuschrecken. Auge um Auge, so heißt das Gesetz des Bürgerkriegs in Algerien.

In seiner Botschaft versichert Schröder Bouteflika nun, die Deutschen seien bereit, sich noch viel stärker als bisher zu engagieren. Mehr Personal, mehr Technik, alles stehe zur Verfügung, wenn die Algerier nur wollten. Dabei wissen die Krisenmanager in Berlin genau, dass das ohnehin schon hohe politische Risiko mit jedem deutschen Experten steigt, der in der Wüste mitmischet. Schlägt die Sache fehl,



LAURENCE CHAPERON

DER SPIEGEL

FERDINAND OSTROP/AP; JOACHIM G. JUNG



CORBIS SYGMA

Bürgerkriegsopfer in Nordalgerien (1997): Morde und Gegenterror

wird die Bundesregierung einen Teil der Verantwortung tragen müssen.

Aber die Algerier tun sich schwer mit solchen gut gemeinten Angeboten. Regelrecht allergisch, haben die Europäer registrieren müssen, reagieren die Generäle in Algier auf alles, was ihnen als Einmischung oder gar Bevormundung erscheint. Schon dass deutsche Zeitungen die Entsendung von GSG-9-Experten meldeten, hat die algerische Regierung vergrätzt. Auch wegen solcher Empfindlichkeiten bewegt sich die Berliner Informationspolitik hart am Rande der Nachrichtensperre.

Keine Regierung hat es gern, wenn sich bei spektakulären Verbrechen andere als die besseren Krisenmanager empfinden – auch wenn das so sein sollte. Im Bundeskriminalamt erinnern sich die Altgedienten, dass die Deutschen auch schon einmal ganz ähnlich reagierten, 1972 beim Olympia-Massaker von München: Das Angebot der Israelis, die Geiselnahme mit ihrer Hilfe zu beenden, wurde abgelehnt. Die Münchner Polizei versuchte eine Befreiung, neun israelische Sportler starben.

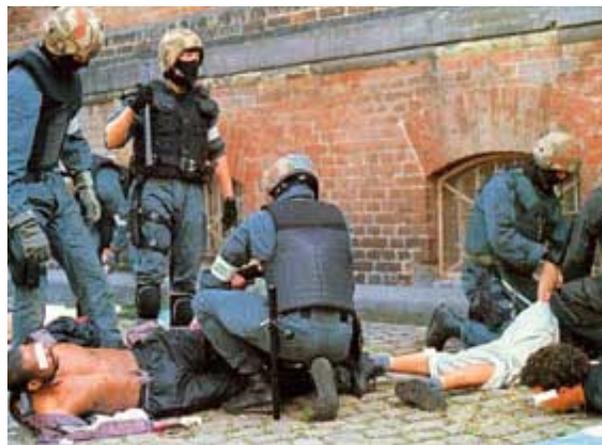
Vorvergangenen Freitag sah es für den Krisenstab in Berlin ein paar angstvolle Stunden lang so aus, als hätte das Drama in der Sahara ähnlich blutig geendet. Der Ministerpräsident der Republik Mali, die im Süden an Algerien grenzt, übermittelte der deutschen Botschaft in Bamako eine Meldung seines Geheimdienstes: Im Grenzland zur algerischen Wüste seien vier Weiße gefunden worden – mit durchschnittenen Kehlen. Hektisch versuchten deutsche Diplomaten, die Meldung zu prüfen. Aber inzwischen gilt als sicher, dass die Geschichte, wenn sie denn überhaupt stimmt, nichts mit den Algerien-Geiseln zu tun hat.

Die sollen, offenbar aufgeteilt in mindestens zwei Gruppen, in den Schluchten des Tassili N'Ajjer immerhin noch leben – Nach-

richten und Kleidungsstücke von ihnen seien am 28. April gefunden worden, so der algerische Innenminister am vergangenen Freitag. Die Entführer, das gilt inzwischen als wahrscheinlichste Variante, sollen zum Umfeld der Gruppe „Predigt und Kampf“ (GSPC) gehören. Die islamistische Terrortruppe gilt als besonders erbitterter – und brutaler – Gegner des algerischen Regimes.

Warum die Banditen nun ausländische Geiseln gekidnappt haben, darüber kursieren bisher nur abenteuerliche Gerüchte: Die Expeditionstouristen seien entführt worden, um sie einer anderen Gruppe anzubieten – die sie dann gar nicht haben wollte, sagen die einen. Nein, es gehe darum, in Deutschland einsitzende GSPC-Anhänger freizupressen, die im vergangenen März vom Frankfurter Oberlandesgericht wegen eines geplanten Anschlags auf den Weihnachtsmarkt in Straßburg zu Haftstrafen zwischen zehn und zwölf Jahren verurteilt wurden, sagen andere.

Diese Variante wird seit Wochen durch einen der Verurteilten von Frankfurt genährt. Der Islamist behauptet, er solle



Training der GSG 9: Tägliche Lage für den Krisenstab

durch diese Aktion befreit werden. Deutsche Sicherheitsexperten glauben von der Geschichte allerdings kein Wort.

Nicht zu belegen ist bisher auch Version Nummer drei: Weil die GSPC direkte Kontakte zur Qaida unterhalte und sogar Stützpunkte für sie errichtet habe, hätten Abgesandte von US-Präsident George W. Bush die Regierungen in Mali und Algerien bedrängt, gegen die Glaubenskämpfer in der Wüste vorzugehen.

Tatsächlich war in diesem Teil der Sahara in den Wochen vor den Entführungen die Hölle los: Es gab Feuergefechte, ein Camp für ehemalige Afghanistan-Kämpfer soll geräumt worden sein, ein zweiter Terroristenschlupfwinkel nahe der Provinzhauptstadt Illizi flog auf. Derart in die Ecke gedrängt, hätten sich die Gotteskrieger schließlich die Touristen als menschliche Schutzschilde gegriffen.

Das sind die Abenteuer-Reisenden, warum auch immer sie nun entführt wurden, jetzt auf jeden Fall: Schon deshalb, so sehen es die Europäer, sei die gewaltsame Lösung viel zu riskant. Auch sei noch immer zu ungewiss, wo genau in den Schluchten die Geiseln festgehalten werden – und wie viele Bewaffnete sie bewachen.

Wir kritisch die Lage ist, zeigt auch eine Meldung der Algerier: Danach lieferten sich zwei Entführer in den vergangenen Tagen ein Gefecht mit Soldaten. Sie waren mit einem Auto unterwegs – offenbar, um Lebensmittel zu besorgen.

Ein Kommandounternehmen in der Felswüste gilt unter Experten als höchst riskant. In den Schluchten ist jedes Geräusch über Kilometer zu hören, vom Plateau aus können Wachposten kilometerweit in die Wüste schauen. Auf das Überraschungsmoment, wichtigste Voraussetzung für eine solche Operation, können die Algerier kaum hoffen.

Dass die Entführer deshalb schwer zu bezwingen sind, lässt in Berlin hoffen. Seit vergangener Woche gibt es Signale aus Algier, dass man angesichts dieser verfahrenen Situation vielleicht doch auf diskrete Verhandlungen setzt: Ein bereits geplanter Befreiungsschlag sei angesichts der Bedenken der Deutschen abgeblasen worden, ließ die dortige Regierung durchsickern.

Es gibt bereits eine mögliche Sprachregelung, durch die Staatschef Bouteflika nicht mit Terroristen verhandeln müsste, was seine Politik ja eigentlich nicht zulässt. Die Entführer müssten nur kurzerhand zu einfachen Kriminellen und Schmugglern erklärt werden. Allzu problematisch wäre das nicht. Denn in Algerien ist schon lange schwer festzustellen, wer warum raubt und mordet.

GEORG MASCOLO,
HANS-JÜRGEN SCHLAMP